

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Um **neue Wege in der Pflege** geht es auf Seite 2. Darüber hinaus wird über den **aktuellen Planungsstand bei der Ortsumgebung Göltzschtal** berichtet.

Das **Wahlergebnis in Hessen war ein Sieg der demokratischen Kultur**, meint Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf der zweiten Seite.

Auf Seite 3 wird bilanziert, dass der **Nichtraucher-schutz** endlich auch in **Sachsen** vorankommt. Außerdem geht es auf Seite 3 um die **Verstrickung deutscher Mediziner mit dem NS-Regime**.

Auf Seite 4 stellt Rolf Schwanitz fest, dass der **Osten** durch die **Gesundheitsreform besser gestellt** wird, Milbradt und Orosz dies leider aber immer noch nicht bemerkt haben. Weiter sind die jüngsten Entwicklungen bei der **Studienakademie Plauen** Thema auf Seite 4.

Über das **Bundesprogramm "Kommunal-Kombi"** wird auf Seite 5 berichtet.

Auf der letzten Seite wird klargestellt, dass sich **Riesern lohnt**. Und die **freien Strolche** machen sich hier Gedanken über die **Klagemöglichkeiten der Stadt Plauen**. Und selbstverständlich sind auf Seite 6 auch wieder die Termine der nächsten **Bürger-sprechstunden** zu finden.

Für ein selbstbestimmtes Leben bis zum Ende



Mit Interesse verfolgten die Teilnehmer der Veranstaltung die Diskussion über Patientenverfügungen

Mit Unterstützung durch das Herbert-Wehner-Bildungswerk hatte Rolf Schwanitz zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung über die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen in das Helios Vogtland Klinikum Plauen eingeladen. Über 100 Interessierte waren erschienen, um sich über dieses Thema zu informieren und mitzudiskutieren. Zur Eröffnung verwies Dietmar Beyer, Geschäftsführer des Helios Vogtland Klinikums Plauen, auf die traditionell gute Zusammenarbeit mit dem lokalen

Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz. Dann stand zunächst der kompetente Gast im Mittelpunkt. Joachim Stünker war 23 Jahre Richter und ist heute rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Initiator eines Gruppenantrages im Deutschen Bundestag zu dieser Problematik. Der Bundestag muss sich mit dem Thema befassen, weil der Umgang mit Patientenverfügungen bisher nicht gesetzlich geregelt ist und dadurch immer wieder Unklarheiten entstehen. Dabei verdeutlichte Joachim Stünker, worum es letztendlich geht: Darf ein Mensch über seine letzte Lebensphase im Voraus Verfügungen treffen oder sollte hier der Staat, notfalls gegen den erklärten Willen des Betroffenen, eingreifen? Sowohl Joachim Stünker als auch Rolf Schwanitz sind für die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen, denn das grundgesetzlich garantierte Selbstbestimmungsrecht gelte auch für Situationen, in denen der Betroffene sich nicht äußern kann. Um jedoch folgenschwere Missdeutungen zu verhindern, sollen Patientenverfügungen künftig bestimmte Kriterien erfüllen. In der Diskussion wurden die Positionen der Politiker von Angehörigen, Betreuern, Ärzten und Interessierten anhand konkreter praktischer Situationen hinterfragt. Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich Rolf Schwanitz bei Joachim Stünker sowie allen Beteiligten. Und er wies auf das Bürgerparlament auf seiner Homepage www.rolf-schwanitz.de mit weiteren Informationen und der Möglichkeit zur Abstimmung über das Thema Patientenverfügung hin.

Initiative gegen Krankenhauskeime

Um gefährliche Krankenhauskeime, wie die weitgehend resistenten MRSA-Bakterien (Methicillin-resistenter Staphylococcus aureus), besser bekämpfen zu können, beabsichtigt die Bundesregierung, das Infektionsschutzgesetz zu ändern. Dies sagte der Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Rolf Schwanitz, dem NDR-Politikmagazin "Panorama". Zukünftig sollen Risikopatienten bereits bei der Aufnahme ins Krankenhaus auf MRSA untersucht werden. Außerdem soll eine Meldepflicht eingeführt werden, nach der Krankenhäuser jeden MRSA-Fall den zuständigen Gesundheitsämtern anzeigen müssen. Bisher besteht eine Meldepflicht nur, wenn eine "Häufung" von MRSA-Keimen auftritt. Das Bundesministerium für Gesundheit wird nach Aussage des Staatssekretärs Gespräche mit den Ländern über eine entsprechende Novellierung des Infektionsschutzgesetzes führen.



Rolf Schwanitz während des Interviews

Neue Wege in der Pflege

"Seniorenresidenz" heißt die neue Heimstatt für Ältere im Gebäude der ehemaligen Volkshochschule Plauen in der Rädelsstraße. Getragen von der Volkssolidarität Chemnitz, finden hier bis zu 43 Senioren und Seniorinnen ein neues Zuhause. Dem Parlamentarischen Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, fällt bei seinem Besuch am 4. Februar 2008 sofort auf: Dieses Haus hat einen anderen Charakter. Es hat nicht den Charme eines Krankenhauses. Nein, es wirkt wie eine große Wohnung mit viel Raum für Begegnungen. In jeder Etage ist eine offene Küche. Ein großer Bildschirm lädt zum gemeinsamen Fernsehabend im Sessel ein. Die Leiterin des Hauses Karin Hoffmann beschreibt es als eine besondere Herausforderung, das neue Konzept der Pflege in einem Haus umzusetzen, welches ur-

sprünglich als Manufaktur gebaut wurde. Drei Millionen Euro investierte der Bauherr in den Umbau. Die Gesellschaft ändert sich. Altersdurchschnitt und Lebenserwartung steigen. Darauf muss auch die Politik reagieren. Ambulante und stationäre Pflege müssen besonders gefördert werden, so Rolf Schwanitz. Das Einführen der Pflegeversicherung 1995 war für ihn ein erster wichtiger Schritt. Ein weiterer ist die geplante Anhebung der Pflegesätze im Laufe dieses Jahres. Ab 2009 soll zudem die Bera-



Rolf Schwanitz überzeugte sich vor Ort vom besonderen Charakter der "Seniorenresidenz"

tung von Angehörigen und Betroffenen in Pflegestützpunkten wohnortnah konzentriert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt der derzeit beratenen Pflegereform ist für ihn auch eine kurzfristige bezahlte Freistellung für Angehörige von Pflegebetreffenen und eine halbjährige unbezahlte Freistellung zur Pflege von Angehörigen.

Kurz kommentiert

Hessen war ein Sieg der demokratischen Kultur

Die Landtagswahl in Hessen war mehr als nur die Neuverteilung landespolitischer Macht. Durch Roland Kochs Versuch, mit dumpfen Parolen gegen Minderheiten Stimmen am rechten Rand zu fangen, wurde die Hessische Landtagswahl zum Testfall für die demokratische Substanz in unserem Land. Dass ein solches Treiben nicht automatisch scheitern muss, hatten wir bereits bitter gelernt. Wir erinnern uns noch an Kochs Unterschriftenaktion, als zu viele Bürger an die Info-Stände der CDU kamen und fragten: „Wo kann ich denn hier gegen Ausländer unterschreiben?“. Damals gewann Koch damit die Wahl und wurde Ministerpräsident. Umso bedeutsamer ist nun Kochs Niederlage. Sie ist in Wahrheit ein großer Sieg für die demokratische Kultur in unserem Land. Dies umso mehr, als Koch in seinem Treiben sehr wohl Unterstützer hatte. Zwar stellten sich diesmal die Medien mehrheitlich gegen die Plattheiten der CDU. Aber die Unterstützerschar reichte dennoch von der Bundeskanzlerin bis hin zur Bildzeitung. Letztere veröffentlichte jeden Tag Artikel um den Volkszorn gegen jugendliche Kriminelle für die Union an die Urnen zu treiben. All dies hat nichts genützt. Jedenfalls diesmal nicht.

Rolf Schwanitz



Ortsumgehung Göltzschtal B 169: Prüfungsvermerk des Bundesverkehrsministeriums ist erteilt

Am 18. Januar erteilte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) den Planungsunterlagen für den Bau der B 169 Ortsumgehung Göltzschtal den notwendigen Prüfungsvermerk. Damit war der Einsatz des vogtländischen

SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz erfolgreich. Er hatte sich seit September letzten Jahres auf Staatssekretärsbene mehrfach für eine Beschleunigung des Planungsverfahrens bei der Ortsumgehung Göltzschtal (B 169) eingesetzt. Schwanitz zeigte sich

hoch erfreut, dass seine intensiven Bemühungen erfolgreich waren, denn "erst mit dem jetzt vorliegenden Prüfungsvermerk

des BMVBS kann das Planfeststellungsverfahren für die Ortsumgehung weiter vorangetrieben werden. Und auch die vogtländischen Kommunen im Göltzschtal bekommen jetzt größere Planungssicherheit für ihre eigenen Straßenbaumaßnahmen." Die Ortsumgehung Göltzschtal ist das wichtigste Infrastrukturvorhaben des Bundes im Vogtland. Schwanitz hatte sich bereits dafür stark gemacht, dass die Maßnahme im "Vordringlichen Bedarf" des Bundesverkehrswegeplans eingestellt und auch im Investitionsrahmenplan des Bundes bis 2010 berücksichtigt wurde. Mit dem Prüfungsvermerk ist nun eine weitere Etappe für die Ortsumgehung im Göltzschtal erreicht.



Noch führt die B 169 durch Auerbach

Nichtraucherschutz kommt voran

Nachdem bereits seit September 2007 in allen öffentlichen Einrichtungen des Bundes, im öffentlichen Personenverkehr und in Bahnhöfen ein grundsätzliches Rauchverbot gilt, kommt der Nichtraucherschutz jetzt auch in Sachsen voran. Seit Februar ist das Rauchen in sächsischen



Schulen, Krankenhäusern, Kultureinrichtungen und Gaststätten grundsätzlich untersagt. Rolf Schwanitz erklärte dazu: "Endlich ergreift auch der Freistaat Sachsen konsequente Maßnahmen zum Nichtraucherschutz. Das ist dringend erforderlich, denn Nichtraucher sind erheblichen Belastungen durch Passivrauchen ausgesetzt. Tabakrauch zählt zu den größten Gesundheitsrisiken und ist der bedeutendste Schadstoff in Innenräumen. Über 3.300 Todesfälle sind in Deutschland jährlich allein auf Passivrauchen zurückzuführen." Das Rauchverbot ist nach Ansicht von Rolf Schwanitz zudem sehr wir-

kungsvoll: "Eine Studie des Krebsforschungszentrums Heidelberg zeigte nach Einführung des Rauchverbots in Gaststätten in Niedersachsen und Baden-Württemberg eine deutliche Abnahme von Schadstoffen und tabakrauchbedingten Gesundheitsbeschwerden." Jüngst bekannt gewordenen Bestrebungen von Gastwirten der Region, den Nichtraucherschutz in Gaststätten wieder zu kippen, erteilte Rolf Schwanitz eine klare Absage: "Jahrelang haben die Gastwirte einen besseren Nichtraucherschutz versprochen. Passiert ist nichts. Es war deshalb höchste Zeit für den Gesetzgeber, zu handeln."

Kurz gemeldet

Neue Wahlkreise

Knapp zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl hat der Deutsche Bundestag eine Neueinteilung der Wahlkreise beschlossen. Danach gewinnen Niedersachsen und Baden-Württemberg jeweils einen Wahlkreis hinzu, Sachsen-Anhalt und Sachsen verlieren je einen. Grund für die Änderung ist die Bevölkerungsentwicklung, die keine andere Entscheidung zuließ. Für das Vogtland ändert sich durch den Beschluss nichts, es bleibt bei dem bisherigen Wahlkreis (Vogtland - Plauen). Nur die Wahlkreisnummer lautet künftig 167 (bisher 168).

Brauner Antikapitalismus

Zurzeit ist in vielen Plauener Briefkästen eine Postwurfsendung der Initiative "Zukunft statt Globalisierung" zu finden. Die Sendung zeichnet sich vor allem durch Antikapitalismus- und Antiglobalisierungspolemik aus. Auf den ersten Blick verrät sie nicht, dass die NPD dahinter steckt. Verantwortlich zeichnet ein Thüringer NPD-Funktionär. "Die Bürger müssen wissen, was ihnen da in den Briefkästen gesteckt wird. Dies sind die Feinde der Demokratie.", warnt Rolf Schwanitz, vogtländischer Bundestagsabgeordneter.

Mehr Erwerbstätige

Im Jahr 2007 waren in Sachsen rund 1,95 Millionen Personen erwerbstätig. Dies waren im Vergleich zum Vorjahr 35.000 Personen bzw. 1,8 Prozent mehr und der höchste Stand an Erwerbstätigen seit dem Jahr 2000. Der Zuwachs wurde maßgeblich von einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten getragen.

Gedenken in Alt-Rehse

Am 27. Januar wurde an vielen Orten des Holocausts gedacht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Rolf Schwanitz, nahm an diesem Tag an einer Gedenkveranstaltung in Alt-Rehse in Mecklenburg-Vorpommern teil. Nur wenige wissen, dass an diesem Ort der Hartmannbund 1935 die Reichsärzteschule errichtete. Mediziner wurden hier im Sinne der verbrecherischen NS-Rassenlehre mit Themen wie Rassenhygiene, Zwangssterilisation zur Verhütung "erbkranken" Nachwuchses oder Vernichtung unwerten Lebens zur nationalsozialistischen Berufsauffassung und -ausübung erzogen. Darauf ging Rolf Schwanitz auch in seiner Rede ein. Er erinnerte daran, dass im Dritten Reich auch Mediziner Täter waren. Nach der Machtergreifung der Nazis schlossen sich gut die Hälfte der Mediziner der NSDAP an. Die beiden größten Berufs-

verbände – der Hartmannbund und der Deutsche Ärztevereinsbund – gingen ein direktes Bündnis mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund ein. In der Gedenkstätte sieht er aber auch eine Chance. Denn in der Einrichtung in Alt-Rehse soll nicht nur aus der Vergangenheit gelernt werden, sondern hier sollen sich Interessierte auch den

medizin- oder bioethischen Problemen der Gegenwart widmen können. Alt-Rehse ist gerade wegen seiner Vergangenheit ein geeigneter Ort für solche Diskussionen. "Ich wünsche mir," so Rolf Schwanitz, "dass Alt-Rehse zukünftig nicht mehr primär mit der Vergangenheit, sondern mit moderner Medizin-Ethik assoziiert wird."



Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff und der Parlamentarische Staatssekretär Rolf Schwanitz bei der Gedenkveranstaltung in Alt-Rehse

Nebelkerzen um die Gesundheitsreform

von Rolf Schwanitz

Der sächsische Ministerpräsident und seine Sozialministerin haben sich in diesen Tagen zum Thema Ärztemangel zu einer Stippvisite nach Nordsachsen beggeben. Das ist gut und richtig. Schließlich sollten die zuständigen Stellen in Sachsen, allen voran der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen, alle Möglichkeiten nutzen, die der Gesetzgeber mittlerweile zur Milderung des Ärztemangels eröffnet hat. Bedauerlich ist nur, dass Milbradt und Orosz bei ihrer Reise die altbekannten politischen Nebelkerzen mit im Gepäck hatten. Und sie machten reichlich Gebrauch davon. Im Beisein einer großen Medienschar verkündeten die Beiden: Schuld am Ärztemangel in der Region sei nur die Gesundheitsreform und gegen die habe man schließlich, leider vergeblich, gekämpft. Nun, solche dumm-frechen Verdrehungen sind nicht neu. Vielleicht wirft auch der bevorstehende Wahlkampf von Frau Orosz in



Dresden schon seine Schatten voraus. Die Bürger sollten beim Urteil über die Gesundheitsreform weniger auf solche Sprüche hören. Viel interessanter ist, was gegenwärtig überregional geschieht. Da kämpfen die Kassenärzte im Süden, unterstützt von der bayerischen Staatsregierung, massiv darum, den Gesundheitsfonds in 2009 zu verhindern. Mehrere Tausend Hausärzte wollen in Bayern ihre Zulassung zurückgeben und nur noch gegen Privathonorare behandeln. Sie sind in Sorge über weniger Honorar in

Bayern durch den neuen Fonds. Zur gleichen Zeit schreiben die Kassenärzte aus Sachsen, Thüringen und anderen Ländern aber einen gemeinsamen Brief an Ministerin Ulla Schmidt und fordern den pünktlichen Start des Gesundheitsfonds zum 1.1.2009! Ihnen ist längst klar, dass gerade die Ärzte im Osten durch die Gesundheitsreform besser gestellt werden. Das ist der Unterschied zwischen den tatsächlichen Interessen der Ärzte und parteipolitischen Nebelkerzen.

Historisches Stichwort

Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit

Vielen jüngeren Menschen ist die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) - im Volksmund auch gern Stasi genannt - kaum bekannt. Anlässlich seiner heutigen Gründung vor 58 Jahren wollen wir daran erinnern. Am 8. Februar 1950 - also bereits kurz nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) - wurde von der Volkskammer der Entwurf zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit einstimmig beschlossen. Der Gesetzentwurf umfasste zwei Paragraphen und verlor kein Wort über Aufgaben oder Zuständigkeiten des neuen Ministeriums. Dies verwundert auch nicht, da es sich bei der DDR - anders als es der Name sagt - nicht um eine Demokratie, sondern um eine Diktatur handelte. Die Aufgaben und Zuständigkeiten des MfS wurden damals selbstverständlich von der Führung der SED (firmiert heute unter dem Namen DIE LINKE) entschieden. Das MfS war im SED-Jargon "Schild und Schwert der Partei". Es war das mächtigste Überwachungs- und Unterdrückungsorgan der SED, Geheimdienst, Polizei-, Ermittlungs- und Strafvollzugsbehörde zugleich. Im Laufe der Jahrzehnte baute die SED diesen Apparat zu einer ungeheuren Größe aus. Am Ende der DDR hatte das MfS rund 90.000 offizielle und hunderttausende inoffizielle Mitarbeiter. Das MfS verfolgte alle Menschen, die der SED politisch missliebig waren. Dabei schreckte es auch nicht vor Mord und Entführung zurück und sorgte für die Einkerkierung Zehntausender. Entsprechend verhasst waren die Mitarbeiter der Stasi bei der Bevölkerung.

Mehr Geld für die Berufsakademien

Die sächsischen Berufsakademien erhalten 2008 zusätzliche Mittel in Höhe von einer Million Euro. Die SPD-Landtagsfraktion hatte sich bereits in den Haushaltsverhandlungen 2007/2008 für eine Erhöhung der Mittel eingesetzt. Profitieren von diesem Beschluss der Staatsregierung dürfte auch die Studienakademie Plauen,

die erst im vergangenen Jahr zu einem vollwertigen Standort aufgewertet wurde. Rolf Schwanitz - der sich seit Jahren für den Plauer Standort stark macht - freute sich deshalb besonders, dass gut eine Million Euro zusätzlich für den Ausbau der sächsischen Berufsakademien bereit stehen. Der weitere Ausbau der nachgefragten Studienangebote ist seiner Ansicht nach gerade in Plauen sehr sinnvoll: "Die Stadt Plauen tut selbst sehr viel

für den Ausbau der Studienakademie, es gibt in der Region ausreichend Praxisunternehmen und einen steigenden Fachkräftebedarf. Da ist es nur logisch, den Standort weiter auszubauen und die Zahl der Studenten zu erhöhen." Schon im vergangenen Dezember sprach sich Eva-Maria Stange (SPD), Sachsens Ministerin für Wissenschaft und Kunst, bei ihrem Besuch der Plauer Studienakademie klar für einen Ausbau des Plauer Standortes aus. Nach ihrer Ansicht seien 500 bis 600 Studenten sinnvoll. Gegenwärtig hat Studienakademie in Plauen 260 Studenten.



Aktiv für Demokratie und Toleranz

Der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft zur Beteiligung am Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2008 "Kreativ für Toleranz" auf. Ziel des Wettbewerbes ist die Auseinandersetzung mit den Themen Demokratie und Toleranz. Der Jugendwettbewerb richtet sich an Jugendliche ab 14 Jahre. Noch bis 31. März 2008 können Einzelpersonen, Schulklassen und Vereine in Songs, Videos, Reportagen, Theaterstücken, Websites oder Interviews zeigen, welche Vorstellungen sie von einer demokratischen, toleranten und weltoffenen Gesellschaft haben. "Demokratie und Toleranz sind Vorausset-

zung für unser Zusammenleben. Dieser Wettbewerb gibt den Anstoß, über die Bedeutung unserer Werte nachzudenken.", sagt Rolf Schwanitz, "Ich hoffe, dass sich auch Projekte aus dem Vogtland an dem Wettbewerb beteiligen werden." Die Veranstalter des Wettbewerbs sind die Dresdner Bank, das ZDF und das

Bündnis für Demokratie und Toleranz. Die besten Arbeiten werden mit Reisen nach Prag, Straßburg und Krakau sowie Wertpapierkonten der Dresdner Bank im Wert von jeweils 1.000 Euro belohnt. Einzelheiten zum Wettbewerb sind unter <http://www.victor-klemperer-wettbewerb.de/> zu finden.



Das Bündnis für Demokratie und Toleranz ist einer der Wettbewerbsveranstalter

Kurz gemeldet

Kein Zutritt für Rechtsextreme

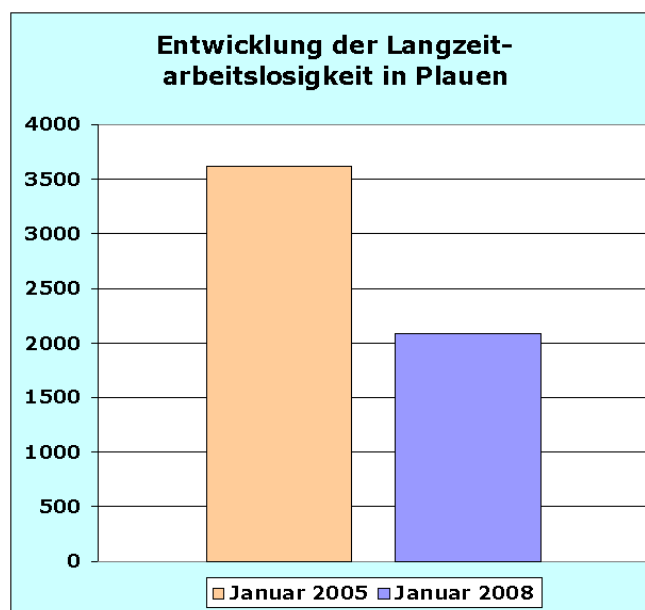
Bei Festen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen treten immer häufiger Rechtsextreme auf. Vor diesem Hintergrund besteht der Wunsch, den Rechtsextremen den Zutritt dazu zu verweigern. Dazu hat der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in zwei Ausarbeitungen den Gebrauch des Hausrechts geprüft. "Ich stelle diese beiden Abhandlungen sehr gern zur Verfügung und habe sie dem Landrat sowie den Oberbürger- und Bürgermeister des Vogtlandes zugesandt", sagte der vogtländische Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz, "Ich verstehe dies als Hinweis, entsprechende Zutrittsverbote für Rechtsextreme bei allen Veranstaltungen zu prüfen und gegebenenfalls durchzusetzen."

"Kommunal-Kombi" gestartet

Seit dem 1. Januar 2008 fördert der Bund in strukturschwachen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Langzeitarbeitslose. Unter den vom Bund geförderten Regionen ist auch die Stadt Plauen. Mit dem Bundesprogramm "Kommunal-Kombi" gibt es eine neue Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose im kommunalen Bereich zu schaffen. Der Zuschuss des Bundes pro Arbeitsplatz beträgt bis zu 50 Prozent des Bruttoarbeitsnehmerentgelts, maximal 500 Euro monatlich (600 Euro, wenn der Arbeitnehmer das 50. Lebensjahr vollendet hat). Der Bund kann darüber hinaus 200 Euro monatlich für die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers bereitstellen. Der vogtländische SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz ruft die Stadt Plauen auf, das Angebot des Bundes zu

nutzen und das Programm zügig umzusetzen. Schwanitz sagte dazu: "Das Bundesprogramm 'Kommunal-Kombi' gibt Langzeitarbeitslosen wieder Perspektiven auf eine erfüllte Arbeit so-

wie neue Chancen für eine Rückkehr ins Berufsleben. Und auch die Stadt Plauen hat sicherlich noch Bedarf bei der Erfüllung wichtiger sozialer und kultureller Aufgaben."



Obwohl die Zahl der Langzeitarbeitslosen durch die Arbeitsmarktreformen auch in Plauen deutlich gesunken ist, bleibt noch viel zu tun. Dazu kann auch das neue Bundesprogramm "Kommunal-Kombi" einen Beitrag leisten.

Für ein Jahr in die USA

Schon seit 1992 beteiligt sich Rolf Schwanitz am Parlamentarischen-Patenschafts-Programm. Dieses Programm gibt Schülern oder jungen Berufstätigen die Möglichkeit, ein Jahr in den USA zu verbringen. Dabei wohnen die Jugendlichen bei Gastfamilien. Schüler besuchen eine amerikanische High School, junge Berufstätige ein Community College. Nach der Vorauswahl durch die zuständige Austauschorganisation entschied sich Rolf Schwanitz im Programmjahr 2008/2009 jetzt für den Plauerer Julius Peller. Der vielseitig interessierte Schüler besucht das Diesterweg-Gymnasium und ist für den Auslandsaufenthalt nach Auffassung der Austauschorganisation hervorragend geeignet. Rolf Schwanitz wünscht ihm ein erfolgreiches und erlebnisreiches Jahr in den USA!

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

13.2.2008, 17 Uhr, Treffen der SPD-Landesgruppe Ost zur Gesundheitspolitik

14.2.2008, 14 Uhr, Diskussion mit einer Besuchergruppe aus dem Vogtland in Berlin

14.2.2008, 15 Uhr, SPD-Arbeitsgruppe Gesundheit

14.2.2008, 18 Uhr, Gespräch mit dem Geschäftsführer der Arbeitsagentur Sachsen

15.2.2008, 10 Uhr, Gespräch mit Deutscher Sepsis-Gesellschaft in Berlin

16.2.2008, 10 Uhr, Treffen Initiativkreis BA-Plauen

22.2.2008, 18 Uhr, Landesvorstand der SPD-Sachsen in Dresden

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

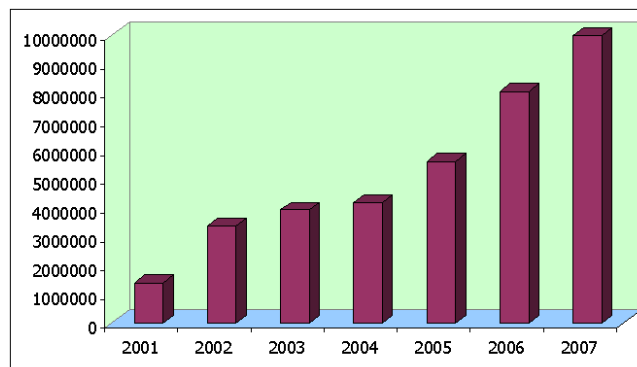
Plauen, Montag, den 31.3.2008, 12 bis 14 Uhr, im Wahlkreisbüro von Rolf Schwanitz, Freiheitsstr. 13

Reichenbach, Montag, den 31.3.2008, 15 bis 17 Uhr, im SPD-Büro, Weststr. 14

Riester lohnt sich

In den vergangenen Wochen gab es mehrere Medienberichte über die Riester-Rente. Diese Berichte beschäftigten sich mit der Frage, ob sich der Abschluss einer Riester-Rente für Geringverdienende überhaupt lohnt. Häufig wurde dabei die Botschaft ausgesendet, Geringverdienende sollten besser darauf vertrauen, Grundsicherung im Alter zu erhalten, da ihre Riester-Rente angerechnet wird. Diese Botschaft hat natürlich viele Menschen - auch im Vogtland - verunsichert und Forderungen ausgelöst, die Riester-Rente von der Anrechnung bei der Grundsicherung im Alter auszunehmen. Nach Ansicht von Rolf Schwanitz fußen die Medienberichte auf einer völligen Verkennung der Situation und der

oder einer Riester-Rente sowie eigene Sparbeträge und sonstige Vermögensbestandteile zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten. Hilfebedürftig ist nur, wer trotz vorhandener eigener Mittel, dazu zählen auch Mittel des Ehe- oder Lebenspartners (!), nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten (gegenwärtig sind dies etwa 2,5 % der über 65-Jährigen). Daraus ergibt sich, dass die Grundsicherung kein allgemeiner Anspruch (Grundrentenan-spruch) für jeden ist und dass sich zum jetzigen Zeitpunkt in den meisten Fällen unmöglich ermitteln lässt, ob künftig ein Anspruch auf Grundsicherung besteht. Wer einen anderen Eindruck vermittelt, handelt nach Ansicht von Rolf Schwanitz verantwor-



Erfolgsgeschichte: Entwicklung der Zahl der privaten Riester-Rentenverträge in Deutschland

Funktionsprinzipien der sozialen Sicherungssysteme. Denn Anspruch auf die 2003 eingeführte steuerfinanzierte Grundsicherung hat nur, wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst tragen kann, also hilfebedürftig ist. Die Höhe der Grundsicherung ist unterschiedlich hoch, da auch die Lebenshaltungskosten nicht überall in Deutschland gleich hoch sind. Im Alter dienen Rentenzahlungen, ob aus der gesetzlichen Rentenversicherung, aus einer Betriebsrente

tungslos. Fakt ist, dass sich der Abschluss einer Riester-Rente gerade für Geringverdienende und Alleinerziehende lohnt, denn sie erhalten die höchsten steuerfinanzierten Zulagen - die bis zu 90 % des Sparbetrags ausmachen. Der Eindruck, dass Geringverdiener besser keine Riester-Rente haben sollten, da sie im Alter sowie von Sozialleistungen leben werden, kann nach Auffassung von Rolf Schwanitz nur als zynisch bezeichnet werden. Mit

Freche Strolche



He Maxe haste scho gehört, unner Stadtrat dut jetzt klache vorm Verfassungsgericht weschn derer Kreisreform.

Ja das stimmt Moritz. Die hamm gesacht, se machen schnell ne einstweilige Anordnung un wenn se verlie-re, dann gehen se in Kreis nei.

Das versteh i net Maxe, kannste mir das emal erklä-re?

Denk doch mal an deinen Garten un den schönen Apfelbaum Moritz: Wenn ich nu mei Gartenzaun verset-ze un dei Apfelbaum steht dann in meinem Garten, kannste geeschn mich ne einstweilige Anordnung machen.

Was bringt mir das denn Maxe?

Na der Richter prüft, ob du vorläufigen Rechtsschutz brauchst, weil zum Beispiel durch den neie Zaun dei Apfelbaum rummiggert Moritz.

Un wenn's dem Baum gut geht Maxe?

Dann gibst's keene einstweilige Anordnung für dich Moritz.

Un wie kriech ich nu mei Baum wieder zurück Maxe?

Na garnich: Das geht nur mit ner richtigen Klage Moritz.

Na hoffentlich ham das aach unner Stadträte ge-merkt!

der gleichen Begründung könnte man sämtliche Sparvorgänge und auch die Erwerbstätigkeit einstellen und auf die Versorgung durch das Gemeinwesen (nicht erst im Alter) verweisen.